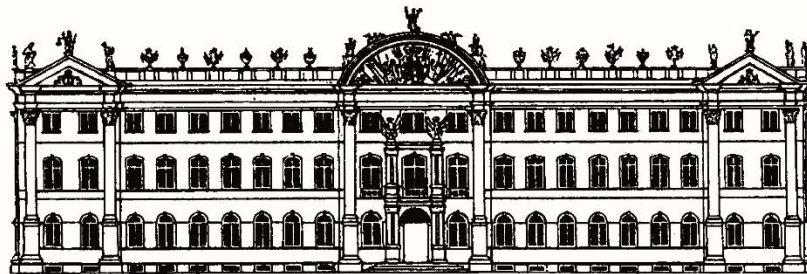


# **Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken**



**Geschäftsverteilung 2019**

<b>Richterliche Geschäftsverteilung für das Geschäftsjahr 2019 .....</b>	<b>1</b>
1. Zivilsenat .....	3
2. Zivilsenat .....	4
3. Zivilsenat .....	6
4. Zivilsenat .....	8
5. Zivilsenat .....	10
6. Zivilsenat .....	11
7. Zivilsenat .....	14
8. Zivilsenat .....	15
9. Zivilsenat .....	16
1. Strafsenat / Senat für Bußgeldsachen .....	16
2. Strafsenat .....	17
Zuständigkeit für nicht verteilte Geschäfte .....	17
Notarsenat .....	18
Verteilung der richterlichen Geschäfte innerhalb der Senate / Übergangsregelung / Zuständigkeitsabgrenzung .....	18
Vertretung der Richter .....	22
Güterichter .....	24

**Richterliche Geschäftsverteilung für das Geschäftsjahr 2019**

**I.**

**Das Präsidium des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken nimmt davon Kenntnis, dass**

- ausweislich des Schreibens des JM vom 26.11.2018 9 Zivilsenate, 2 Strafsenate und ein Senat für Notarsachen eingerichtet sind, und dass 2 Zivilsenate auch als Familiensenate tätig sein sollen,
- sich der Präsident weiter dem 3. Zivilsenat anschließt,
- neben PräsOLG Thurn und VzPräsOLG Petry die nachfolgend aufgeführten Richter neben ihrer Rechtsprechungstätigkeit in ihrem Einverständnis auch mit Verwaltungsaufgaben betraut sind:
  - VRinOLG Schraut
  - ROLG Dr. Kießling
  - RinOLG Reuter
  - RinLG Dr. Weimer
- RAG Edrich seit dem 18.04.2017 mit 50 v.H. des regelmäßigen Dienstes und RinAG Zinnow seit dem seit dem 01.09.2017 mit 25 v.H. und seit dem 01.10.2017 mit 50 v.H. des regelmäßigen Dienstes an das Pfälzische Oberlandesgericht abgeordnet sind und dem IT-Projekt forumSTAR zugewiesen sind;
- Richter am Landgericht Dr. Hans seit dem 03.04.2017 mit 50 v. H. des regelmäßigen Dienstes zum Pfälzischen Oberlandesgericht abgeordnet und dem IT-Projekt forumSTAR zugewiesen ist,

- ROLG Schöpfer weiterhin mit 50 % den IT-Projekten forumSTAR und eJustice zugewiesen ist,
- RinLG Dr. Rippberger (Teilzeitbeschäftigung mit 50 v. H. des regelmäßigen Dienstes) und RinAG Julia Krämer weiterhin bis 28.02.2019 sowie RinLG Claudia Kurtze weiterhin bis 31.05.2019 an das Pfälzische Oberlandesgericht abgeordnet sind,
- VRinOLG Schraut Teilzeitbeschäftigung mit 50 v.H. des regelmäßigen Dienstes gewährt ist und Prof. Dr. Spannowsky sowie Prof. Dr. Hassemer das Richteramt im zweiten Hauptamt ausüben (jeweils ca. 10 %),
- ROLG Schwarz weiterhin bis 30.04.2019 mit 50 v. H. des regelmäßigen Dienstes an das Landgericht Kaiserslautern abgeordnet ist,
- ROLG Pohlit und RinLG Dr. Weimer wegen ihrer Mitarbeit in Projektteams im Rahmen von eJustice mit einem Arbeitskraftanteil von 20 v H. zu entlasten sind,
- RinLG Dr. Weimer mit Wirkung zum 01.01.2019 zur Richterin am Oberlandesgericht bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken ernannt wird,
- im ersten Quartal 2019 mit der Besetzung einer Stelle für eine Richterin oder einen Richter am Oberlandesgericht bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken zu rechnen ist, diese Richterin oder dieser Richter dem 7. Zivilsenat und dem 9. Zivilsenat zugewiesen werden soll und RinOLG Reuter bis zur Besetzung dieser Stelle dem 7. Zivilsenat mit einem Teil ihrer Arbeitskraft sowie RinLG Kurtze dem 9. Zivilsenat mit einem Teil ihrer Arbeitskraft zugewiesen werden sollen,
- die Verbescheidung von Anträgen nach § 299 Abs. 2 ZPO in ihrem Einverständnis den Vorsitzenden der jeweils betroffenen Senate vorbehalten bleiben soll.

## II.

Das Präsidium beschließt gemäß § 21 e Abs. 1 GVG über die Besetzung der Senate, die Verteilung des Vorsitzes und die Zuständigkeit wie folgt:

Soweit nach § 119 a GVG Spezialsenate zu bilden sind, werden die Streitigkeiten aus Bank- und Finanzgeschäften nach Satz 1 Nr. 1 dem 7. Zivilsenat, die Streitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen, nach Satz 1 Nr. 2 und die Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen nach Satz 1 Nr. 3 dem 5. Zivilsenat und die Streitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen nach Satz 1 Nr. 4 dem 1. Zivilsenat zugewiesen.

1. **1. Zivilsenat – zugleich Spezialsenat nach § 119 a Satz 1 Nr. 4 GVG**  
(Kennzahl: 10)

1.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Geisert
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Urbany
Richter am Oberlandesgericht	Dr. Schild von Spannenberg

1.2 Dem 1. Zivilsenat sind zugewiesen:

1.2.1 die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche

- a) aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, Luftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind und aus sonstigen Unfällen, die sich auf öffentlichen Verkehrsflächen im Zusammenhang mit der Teilnahme am öffentlichen Verkehr ereignet haben, soweit sie nicht ausschließlich auf Vertrag gestützt werden;
- b) aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht und in Bezug auf Bahngelände des öffentlichen Verkehrs, sowie aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht;

- 1.2.2 die Rechtsstreitigkeiten aus Versicherungsvertragsverhältnissen (§ 119 a Satz 1 Nr. 4 GVG) einschließlich der richterlichen Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung sowie der Beschwerden wegen Aussetzung nach §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO;
- 1.2.3 die Rechtsstreitigkeiten, in denen der Schwerpunkt der Entscheidung
- a) auf verkehrsrechtlichem Gebiet,
  - b) auf dem Gebiet des Versicherungsvertragsrechts oder
  - c) auf dem Gebiet des deutschen Währungsrechts
- liegt.
- 1.2.4 Die Zuständigkeit des Senats unter 1.2.1 bis 1.2.3 umfasst auch Ausgleichs- und Rückgriffsansprüche.
- 1.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 1. Zivilkammer des Landgerichts Zweibrücken, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 1.2.6 von den Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind, jedes zweite eingehende Verfahren, jeweils beginnend mit dem zweiten eingehenden Verfahren.

2. **2. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 11, Familiensache: 21)

- 2.1 Besetzung:
- |   |           |
|---|-----------|
| Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht | Reichling |
| Richterin am Oberlandesgericht            | Geib-Doll |
- (stv. Vorsitzende)

Richter am Oberlandesgericht - mit einem Teil seiner Arbeitskraft -	Schöpfer
Richter am Oberlandesgericht - mit einem Teil seiner Arbeitskraft -	Scherer

2.2 Dem 2. Zivilsenat sind zugewiesen:

2.2.1 die Rechtsstreitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz, soweit es sich um Grundstücke und dingliche Rechte an Grundstücken handelt;

2.2.2 die Rechtsstreitigkeiten nach dem Landbeschaffungsgesetz vom 23.02.1957 (BGBl. I S. 134);

2.2.3 Haftungs- und Honorarstreitigkeiten in Familiensachen (vgl. 14.6);

2.2.4 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche gegen Steuerberater, Rechtsanwälte - soweit sie steuerlich beratend tätig werden -, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und/oder Vereinigungen derselben sowie gegen Lohnsteuerhilfvereine (§ 4 Nr. 11 StBerG) oder solche, die von diesen Personen oder Vereinigungen geltend gemacht werden, wenn die jeweiligen Ansprüche durch deren berufliche Beratungs-, Prüfungs- oder Geschäftsbesorgungstätigkeit veranlasst sind. Dies gilt auch dann, wenn solche Ansprüche von oder gegen Rechtsnachfolger der Vorgenannten oder von oder gegen Parteien kraft Amtes geltend gemacht werden;

2.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen aus dem Landgerichtsbezirk Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

2.2.6 als Familiensenat:

a) die Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der Amtsgerichte Ludwigshafen am Rhein, Landau in der Pfalz - ohne Zweigstelle Bad Bergzabern -, Bad Dürkheim, Neustadt a. d. Weinstr., Kusel,

Kaiserslautern und Pirmasens als Familiengerichte;

- b) die Entscheidungen über die Ablehnung oder Selbstablehnung eines Familiengerichters der Amtsgerichte Ludwigshafen am Rhein, Landau in der Pfalz - ohne Zweigstelle Bad Bergzabern -, Bad Dürkheim, Neustadt a. d. Weinstr., Kusel, Kaiserslautern und Pirmasens;
- c) die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach §§ 36 ZPO, 5 FGG, 5 FamFG, wenn eines der Amtsgerichte – Familiengerichte - Ludwigshafen am Rhein, Landau in der Pfalz - ohne Zweigstelle Bad Bergzabern -, Bad Dürkheim, Neustadt a. d. Weinstr., Kusel, Kaiserslautern oder Pirmasens beteiligt ist. Sind Amtsgerichte beteiligt, für deren Rechtsmittel unterschiedliche Familiensenate zuständig sind, kommt es auf das vorliegende Amtsgericht an;
- d) die Beschleunigungsbeschwerden nach § 155 c Absatz 2 Satz 2 FamFG, soweit der 6. Zivilsenat nach § 155 b Absatz 2 Satz 1 FamFG über die Beschleunigungsrüge entschieden hat.

3. **3. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 13)

3.1 Besetzung:

Präsident des Oberlandesgerichts	Thurn
Richter am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzender)	Dr. Kießling
Richterin am Oberlandesgericht	Reuter
Richterin am Landgericht	Dr. Weimer
- jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -	

3.2 Dem 3. Zivilsenat sind zugewiesen:



- 3.2.1 alle Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte und Landgerichte, über die nach Bundes- oder Landesrecht in dem Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit bzw. nach dem FamFG zu entscheiden ist, soweit sie nicht dem 2. oder 6. Zivilsenat als Familiensenat oder dem 4., 6. oder 8. Zivilsenat zugewiesen sind;
- 3.2.2 die Bestimmung des zuständigen Gerichts– soweit nicht dem 2. oder 6. Zivilsenat zugewiesen – bzw. des zuständigen Spruchkörpers im Sinne von §§ 72 a und 119 a GVG sowie Entscheidungen nach § 159 GVG in bürgerlich-rechtlichen Verfahren und die Bestellung zum Vollstreckungsgericht nach § 2 ZVG;
- 3.2.3 die Beschwerden gegen Entscheidungen, durch die ein Ablehnungsgesuch gegen Richter zurückgewiesen worden ist (§ 46 Abs. 2 ZPO), sowie die Entscheidungen über Ablehnungsgesuche, wenn ein Landgericht durch Ausscheiden abgelehnter Richter beschlussunfähig geworden ist (§ 45 Abs. 3 ZPO), soweit diese Beschwerden und Entscheidungen nicht dem 2., 4. oder 6. Zivilsenat zugewiesen sind;
- 3.2.4 die Beschwerden nach § 181 Abs. 3 GVG in bürgerlich-rechtlichen Verfahren;
- 3.2.5 die Beschwerden, welche die Klauselerteilung oder die Zwangsvollstreckung zum Gegenstand haben, vorbehaltlich der Zuständigkeit des 2. oder 6. Zivilsenats (Familiensachen) sowie des 4. Zivilsenats (Landwirtschaftssachen) und ausgenommen die Entscheidungen über die Einstellung der Zwangsvollstreckung in laufenden Rechtsstreitigkeiten, insbesondere Beschwerden gegen Beschlüsse, die auf Grund der §§ 769, 771 Abs. 3 ZPO ergangen sind; insoweit entscheidet der für die Hauptsache zuständige Zivilsenat;
- 3.2.6 als Senat für Wertpapierbereinigung:  
alle Beschwerden auf dem Gebiet des Wertpapierbereinigungsrechts (einschließlich der Entscheidungen nach § 57 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 02.11.1957 – BGBl. I S. 1747);
- 3.2.7 Wahlanfechtungen nach § 21 b Abs. 6 GVG;

- 3.2.8 Musterverfahren nach § 6 des Gesetzes zur Einführung von Kapitalanleger-Musterverfahren (KapMuG);
- 3.2.9 erstinstanzliche Freigabeverfahren nach dem Aktiengesetz und Umwandlungsgesetz (§§ 246 a, 319 AktG, § 16 UmwG);
- 3.2.10 richterliche Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung einschließlich der Beschwerden wegen Aussetzung gemäß §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO, die keine Streitigkeit im Sinne des § 119 a Satz 1 GVG betreffen, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.

4. **4. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 14, Wiedergutmachung: 16)

4.1 Besetzung:

Vizepräsident des Oberlandesgerichts	Petry
Richter am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzender)	Christoffel
Richter am Oberlandesgericht - mit einem Teil seiner Arbeitskraft -	Schwarz
Richter am Oberlandesgericht	Prof. Dr. Hassemer

4.2 Dem 4. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 4.2.1 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der Landgerichte des Bezirks in Rechtsstreitigkeiten – mit dem Schwerpunkt der Entscheidung –
  - a) aus Gebrauchsmuster-, Kennzeichen- und Gemeinschaftsmarkenrechten und Verträgen über diese Rechte;
  - b) aus Verträgen über Patentrechte und technische Betriebsgeheimnisse;

- c) aus dem literarischen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder photographischen Urheberrecht, dem Verlagsrecht oder aus Verträgen über diese Rechte;
  - d) über das Recht am eigenen Bild;
  - e) aus dem Recht an Filmwerken und aus Abkommen, die dieses Recht betreffen;
  - f) aus Designrechten;
  - g) aus dem Warenzeichenrecht;
  - h) aus dem Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt, sowie aus dem Recht an der Bezeichnung einer Druckschrift;
  - i) aus dem unlauteren Wettbewerb;
  - j) auf Grund des Gesetzes über den Schutz von Pflanzensorten (Sortenschutzgesetz);
  - k) auf Grund des Gesetzes über den Schutz der Topographien von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz);
- 4.2.2 Beschwerden gegen richterliche Anordnungen gemäß § 101 Abs. 9 UrhG;
- 4.2.3 die Rückerstattungssachen;
- 4.2.4 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen aus dem Landgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

4.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind,

4.2.6 als Senat für Landwirtschaftssachen:

Rechtsmittel in Landwirtschaftssachen und nach § 29 Abs. 2 des Landesgesetzes über die Höfeordnung (HO - RhPf), Entscheidungen über die Ablehnung oder Selbstablehnung eines Richters in Landwirtschaftssachen und in Verfahren nach der Höfeordnung.

5. **5. Zivilsenat – zugleich Spezialsenat nach § 119 a Satz Nr. 2 und Nr. 3 GVG**  
(Kennzahl: 17)

5.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Kratz
Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Bastian-Holler
Richter am Oberlandesgericht - mit einem Teil seiner Arbeitskraft -	Scherer
Richterin am Landgericht	Dr. Rippberger

5.2 Dem 5. Zivilsenat sind, soweit nicht bereits als Spezialmaterie nach § 119 a Satz 1 Nr. 2 oder Nr. 3 GVG erfasst, zugewiesen:

5.2.1 Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche (auch wenn diese auf Amtspflichtverletzung gestützt werden, einschließlich der Regressansprüche des Dienstherrn) aus

- Heilbehandlung an Mensch und Tier sowie über Ansprüche aus nicht auf Heilbehandlung gerichteter medizinischer oder tiermedizinischer Untersuchung, Behandlung oder Begutachtung einschließlich der richterlichen Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung sowie der Beschwerden wegen Aussetzung nach §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO;
- §§ 84 ff des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln;

- kosmetischer Behandlung (einschließlich Piercing, Tätowierung u. dgl.);
  - der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit im Rahmen der Erbringung ambulanter oder stationärer Pflegeleistungen.
- 5.2.2 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten aus Bau- und Architektenverträgen sowie aus Ingenieurverträgen, soweit sie im Zusammenhang mit Bauleistungen stehen einschließlich der richterlichen Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung sowie der Beschwerden wegen Aussetzung nach §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO;
- 5.2.3 Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der 2. Kammer für Handelssachen des Landgerichts Frankenthal (Pfalz) und der 4. Zivilkammer des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
6. **6. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 19, Familiensache: 20)
- 6.1 Besetzung:
- |   |                      |
|---|----------------------|
| Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht | Burger               |
| - mit einem Teil seiner Arbeitskraft -    |                      |
| Richter am Oberlandesgericht              | Landes               |
| (stv. Vorsitzender)                       |                      |
| Richter am Oberlandesgericht              | Prof. Dr. Spannowsky |
| Richterin am Amtsgericht                  | Krämer               |
- 6.2 Dem 6. Zivilsenat sind zugewiesen:
- 6.2.1 Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche
- a) wegen Amtspflichtverletzung, soweit nicht die Zuständigkeit des 1. oder 5. Zivilsenats gegeben ist, ausgenommen Notarhaftung;

- b) aus Aufopferung, Enteignung oder enteignungsgleichen Eingriffen einschließlich der Ansprüche nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen;
- c) wegen Verletzung einer öffentlich-rechtlichen Verwahrungspflicht einschließlich sich daraus ergebender Ausgleichsansprüche des Staates und öffentlich-rechtlicher Körperschaften;
- d) gegen die öffentliche Hand wegen Verletzung der Gewässerunterhaltungspflicht;
- e) der Bundesrepublik Deutschland, der Länder, Gemeinden oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Ausgleich oder Schadensersatz gegen ihre Richter, Beamten oder sonstigen Bediensteten, ausgenommen gegen Notare;
- f) aus Grundstückskaufverträgen, die zur Abwendung der Enteignung geschlossen wurden, sowie auf Rückabwicklung solcher Verträge, auch wenn die Ansprüche im Wege der Einwendung geltend gemacht werden, sowie aus Verträgen, in denen es um die Projektierung, Entwicklung oder Durchführung von Baugebieten geht, es sei denn, dass werkvertragliche Elemente überwiegen;
- g) aus dem Gesetz vom 10.12.1990 über die Umwelthaftung, soweit nicht weitergehende Ansprüche auf Grund anderer Vorschriften (§ 18 Abs. 1 UmweltHG) geltend gemacht werden oder ein anderes Rechtsgebiet den eigentlichen Gegenstand des Streites bildet;

6.2.2 Verfahren gemäß §§ 198 ff GVG,  
liegt einem Verfahren eine Streitigkeit zugrunde, die bei dem 6. Zivilsenat anhängig war, tritt an seine Stelle der 1. Zivilsenat. War die Streitigkeit auch bei dem Vertretersenat anhängig, tritt an seine Stelle der gemäß Ziffer 15 in erster Linie berufene Zivilsenat;

6.2.3 Beschwerden und weitere Beschwerden in Gebühren- und Kostensachen (auch in Landwirtschaftssachen) ausgenommen Beschwerden betreffend Kostengrundentscheidungen und Streitwertfestsetzungen;

- 6.2.4 die Entscheidungen des Oberlandesgerichts über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen werden (§§ 23 ff EGGVG);
- 6.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 6.2.6 als Familiensenat:
- a) die Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der Amtsgerichte Frankenthal (Pfalz), Germersheim, Kandel, Landau in der Pfalz – Zweigstelle Bad Bergzabern -, Rockenhausen, Landstuhl, Zweibrücken, Grünstadt und Speyer als Familiengerichte;
  - b) Beschwerden und weitere Beschwerden in Gebühren- und Kostensachen ausgenommen Beschwerden betreffend Kostengrundentscheidungen und Streitwertfestsetzungen;
  - c) die Entscheidungen über die Ablehnung oder Selbstablehnung eines Familienrichters der Amtsgerichte Frankenthal (Pfalz), Germersheim, Kandel, Landau in der Pfalz – Zweigstelle Bad Bergzabern -, Rockenhausen, Landstuhl, Zweibrücken, Grünstadt und Speyer;
  - d) die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach §§ 36 ZPO, 5 FGG, 5 FamFG, wenn eines der Amtsgerichte – Familiengerichte – Frankenthal (Pfalz), Germersheim, Kandel, Landau in der Pfalz – Zweigstelle Bad Bergzabern -, Rockenhausen, Landstuhl, Zweibrücken, Grünstadt oder Speyer beteiligt ist.  
Sind Amtsgerichte beteiligt, für deren Rechtsmittel unterschiedliche Familiensenate zuständig sind, kommt es auf das vorliegende Amtsgericht an;

- e) die Beschleunigungsbeschwerden nach § 155 c Absatz 2 Satz 2 FamFG, soweit der 2. Zivilsenat nach § 155 b Absatz 2 Satz 1 FamFG über die Beschleunigungsrüge entschieden hat.

7. **7. Zivilsenat – zugleich Spezialsenat nach § 119 a Satz 1 Nr. 1 GVG**  
(Kennzahl: 22)

7.1 Besetzung:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Simon-Bach

Richter am Oberlandesgericht Pees

(stv. Vorsitzender)

- mit einem Teil seiner Arbeitskraft -

Richterin am Oberlandesgericht Reuter

- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

7.2 Dem 7. Zivilsenat sind, soweit nicht bereits als Spezialmaterie nach § 119 a Satz 1 Nr. 1 GVG erfasst, zugewiesen:

7.2.1 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten, an denen eine Bank, eine Sparkasse, ein Kredit- oder ein Finanzinstitut beteiligt ist und Ansprüche aus den in § 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 1 a Satz 2 KWG genannten Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen betroffen sind;

7.2.2 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche von Kreditinstituten (einschließlich Bausparkassen) – oder gegen solche – aus deren gewerblicher Tätigkeit, wenn der Schwerpunkt auf dem Gebiet des Bankrechts oder des Gesellschaftsrechts liegt, auch wenn diese Ansprüche an Dritte abgetreten wurden;

7.2.3 Berufungen und Beschwerden in Rechtsstreitigkeiten über Darlehensverträge zwischen einem Unternehmer als Darlehensgeber und einem Verbraucher als Darlehensnehmer (§§ 491 ff, 13, 14, 607 ff. BGB);



- 7.2.4 Richterliche Aufgaben nach Buch 6 der Zivilprozessordnung einschließlich der Beschwerden wegen Aussetzung nach §§ 148 Abs. 2, 613 Abs. 2 ZPO, die eine Streitigkeit aus Bank- und Finanzgeschäften nach § 119 a Satz 1 Nr. 1 GVG betreffen,
- 7.2.5 Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen aus dem Landgerichtsbezirk Landau in der Pfalz einschließlich der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Landau in der Pfalz, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 7.2.6 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 4. und der 8. Zivilkammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 7.2.7 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben in Zivilsachen gegen Entscheidungen der 3. Zivilkammer des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 7.2.8 von den Berufungen, Beschwerden und sonstigen Eingaben gegen Entscheidungen der 2. Zivilkammer des Landgerichts Kaiserslautern, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind, jedes zweite eingehende Verfahren, jeweils beginnend mit dem ersten eingehenden Verfahren;

8. **8. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 24)

8.1 Besetzung:

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht	Schraut
- mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -	
Richter am Oberlandesgericht	Süs
(stv. Vorsitzender)	
Richterin am Oberlandesgericht	Heid

8.2 Dem 8. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 8.2.1 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 2., 3. und 4. Zivilkammer und der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Zweibrücken, soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 8.2.2 Berufungen, Beschwerden und sonstige Eingaben gegen Entscheidungen der 7. Zivilkammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 8.2.3 Beschwerden in Nachlasssachen nach dem FamFG, soweit sie ab dem 01.09.2009 erstinstanzlich eingeleitet wurden.

9. **9. Zivilsenat**  
(Kennzahl: 25)

- 9.1 Besetzung:
- |   |         |
|---|---------|
| Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht           | Wilhelm |
| Richter am Oberlandesgericht<br>(stv. Vorsitzender) | Pohlit  |
| Richterin am Landgericht                            | Kurtze  |
- jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -
- 9.2 Dem 9. Zivilsenat sind zugewiesen:
- die Verfahren nach dem Spruchverfahrensgesetz.

10. **1. Strafsenat / Senat für Bußgeldsachen**  
(Kennzahl in Strafsachen: 1001, in Bußgeldsachen: 2001)

- 10.1 Besetzung:
- |   |         |
|---|---------|
| Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht           | Wilhelm |
| Richter am Oberlandesgericht<br>(stv. Vorsitzender) | Pohlit  |
| Richterin am Landgericht                            | Kurtze  |
- jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

10.2 Dem 1. Strafsenat / Senat für Bußgeldsachen sind zugewiesen:

10.2.1 die Strafsachen, Ordnungswidrigkeiten- und Strafvollzugssachen des Bezirks einschließlich der Entscheidungen des Oberlandesgerichts über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von der Justiz zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder des Vollzugs auf diesem Gebiet getroffen werden (§§ 23 ff EGGVG);

10.2.2 die Entscheidungen des Oberlandesgerichts nach § 99 Abs. 2 Satz 1 BRAGO i.V.m. §§ 60, 61 RVG und nach § 51 Abs. 2 RVG.

11. **2. Strafsenat**  
(Kennzahl: 1002)

11.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	Burger
Richter am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzender)	Pees
Richter am Oberlandesgericht	Schwarz

-jeweils mit einem Teil ihrer Arbeitskraft -

11.2 Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen:

11.2.1 die Entscheidungen des Oberlandesgerichts nach §§ 138 a, 138 c Abs. 1 Satz 1 StPO, soweit das Verfahren vor dem 1. Strafsenat anhängig ist;

11.2.2 die Entscheidungen in Wiederaufnahmeverfahren, wenn der 1. Strafsenat mit dem vorhergehenden Strafverfahren als Revisionsgericht befasst war.

12. **Zuständigkeit für nicht verteilte Geschäfte**

12.1 in allgemeinen Zivilsachen: 1. Zivilsenat,

- 12.2 in Familiensachen: 2. Zivilsenat als Familiensenat,  
12.3 in Strafsachen: 1. Strafsenat,  
12.4 im Übrigen: 3. Zivilsenat.

### 13. **Notarsenat**

#### 13.1 Besetzung:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (Vorsitzender)	Reichling
Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht (stv. Vorsitzende)	Simon-Bach

#### Berufsrichterliche Beisitzer:

Richter am Oberlandesgericht	Christoffel
Richter am Oberlandesgericht	Pees

#### Ehrenamtliche Richter als Beisitzer:

Notar Regel, Schifferstadt  
Notar Schneider, Wörth  
Notarin Schneider, Rockenhausen

- 13.2 Der Notarsenat ist kraft Gesetzes zuständig für die nach der Bundesnotarordnung dem Oberlandesgericht zugewiesenen Verfahren.

### 14. **Verteilung der richterlichen Geschäfte innerhalb der Senate / Übergangsregelung / Zuständigkeitsabgrenzung**

- 14.1 Gehen Berufungen gleichzeitig ein, die in die Zuständigkeit desselben Senats fallen, gilt für die Reihenfolge der Eintragungen die alphabetische Reihenfolge des Anfangsbuchstabens des Nachnamens des Berufungsgegners, bei mehreren des an erster Stelle stehenden.

Bei Berufungen gegen Firmen, die einen Familiennamen oder eine Orts- oder Gebietsbezeichnung enthalten, ist diese(r) maßgebend, nicht der Vorname oder ein

sonstiger Zusatz (wie "Gebrüder", " Frau", "Witwe" oder "Gesellschaft"); im Übrigen geht bei zusammengesetzten Bezeichnungen der Eigename dem Gattungsname, die speziellere Bezeichnung der allgemeinen vor. Bei Berufungen gegen eine Insolvenzmasse ist maßgebend der Name des Insolvenzverwalters, bei Nachlassverwaltungen der Name des Verwalters, bei Testamentsvollstreckung der Name des Testamentsvollstreckers, bei jeder gesetzlichen Vertretung der Name des Vertretenen, bei Berufungen gegen Behörden der Name der Behörde. Gehen zugleich mehrere Berufungen gegen Parteien mit demselben Namen ein, so sind die Anfangsbuchstaben von deren Vornamen und bei gleichen Vornamen der Anfangsbuchstabe des Nachnamens des Berufungsklägers maßgebend. Der Berufung stehen die Beschwerde und sonstige Rechtsbehelfe gleich. Dem Berufungsbeklagten stehen Beschwerdegegner, Gegner der weiteren Beschwerde und Ähnliches gleich. Gleiches gilt für den Berufungskläger. Abweichend hiervon richtet sich beim 3. Zivilsenat die Reihenfolge der Eintragungen immer nach dem Beschwerdeführer, wobei für die Festlegung der Reihenfolge das oben Gesagte entsprechend gilt.

- 14.2 Unbeschadet der vorstehenden Zuweisungen verbleibt es im Übrigen für die am 31.12.2018 anhängigen Verfahren bei der bisherigen Zuständigkeit. Dies gilt auch für die nach dem 31.12.2018 wieder aufgenommenen Berufungs- und Beschwerdeverfahren, unabhängig von der Dauer des Nichtbetreibens.
- 14.3 Die Geschäfte werden unter den Senaten nach Sachgebieten, nach Kammern der Landgerichte bzw. in den von den Familiengerichten entschiedenen Sachen nach Amtsgerichten und Abteilungen der Amtsgerichte oder nach der Art des Rechtsmittels aufgeteilt.
- 14.4 Jeder Zivilsenat ist im Rahmen seiner Zuständigkeit auch für alle Verfügungen und Beschlüsse – insbesondere für Bewilligung der Prozesskostenhilfe, Erlass von Arresten und einstweiligen Verfügungen – sowie Beschwerden und sonstigen Eingaben zuständig, soweit nicht die Entscheidung einem anderen Senat übertragen ist.

- 14.5 Die Zuständigkeit der Zivilsenate in Spezialzuständigkeiten bestimmt sich nach dem Schwerpunkt des Streits in der Berufungsinstanz und umfasst auch wegen desselben Sachverhaltes mitverklagte Streitgenossen.
- 14.6 Ist ein Zivilsenat für bestimmte Rechtsgebiete zuständig, umfasst diese Zuständigkeit auch Rechtsstreitigkeiten, die
- a) Honorarforderungen von Rechtsanwälten und Patentanwälten oder
  - b) Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte und Patentanwälte
- zum Gegenstand haben und auf Tätigkeiten in solchen Rechtsgebieten beruhen. Dies gilt auch für Regressketten.  
Gleiches gilt für Ansprüche von Notaren oder gegen Notare aus deren amtlicher Tätigkeit.
- In Familiensachen ist für entsprechende Rechtsstreitigkeiten der 2. Zivilsenat zuständig.
- 14.7 Wäre für eine Haftungs- oder Honorarstreitigkeit im Sinne von Ziffer 14.6 Buchstabe a) und b) nach dieser oder nach allgemeiner Verteilung ein Senat berufen, bei welchem eine der Streitigkeit zugrunde liegende Sache anhängig war und für die Instanz erledigt worden ist, so tritt an seine Stelle der gemäß Ziffer 15 zur Vertretung in erster Linie berufene Zivilsenat, im Falle von Ziffer 15.2.4 jedoch der 1. Zivilsenat.
- 14.8 Bei Rechtsmitteln gegen Neben- oder Zwischenentscheidungen (z.B. Ordnungsmittelbeschlüsse gemäß § 178 GVG, nicht § 890 ZPO, s.o. 3.2.5) ist - vorbehaltlich besonderer Zuweisung (z.B. bei Richterablehnung gem. 3.2.3) - der Charakter der Hauptsache maßgebend.
- 14.9 Gelangt derselbe Rechtsstreit (etwa nach Aufhebung und Zurückverweisung, auch bei Berufungen gegen ein Urteil) mehrfach an das Oberlandesgericht,

- bleibt der Senat zuständig, der für die erste Entscheidung in der Hauptsache zuständig gewesen ist. Dies gilt nicht, wenn die Sache nunmehr in die Zuständigkeit eines Spezialiensenats fällt oder es sich bei dem ursprünglich zuständig gewesenen Senat nunmehr um einen ausschließlich anderweit zuständigen Spezialiensenat handelt.
- 14.10 Im Falle der Wiederaufnahme eines Verfahrens (§§ 578 ff ZPO) ist derjenige Senat zuständig, bei dem das geschlossene Verfahren anhängig war. Dies gilt nicht, wenn die Sache nunmehr in die Zuständigkeit eines Spezialiensenats fällt oder es sich bei dem ursprünglich zuständig gewesenen Senat nunmehr um einen ausschließlich anderweit zuständigen Spezialiensenat handelt.
- 14.11 Zivilverfahren, die vom Bundesgerichtshof zurückgelangen und einem der im Einzelnen aufgeführten besonderen Rechtsgebiete zuzurechnen sind, fallen in die Zuständigkeit des jeweiligen Spezialiensenats. Im Übrigen ist für Sachen, die vom Bundesgerichtshof zurückgelangen, der Senat zuständig, der die mit dem Rechtsmittel angefochtene Entscheidung erlassen hat. Dies gilt nicht, wenn es sich bei diesem Senat nunmehr um einen ausschließlich anderweit zuständigen Spezialiensenat handelt.
- 14.12 Mit Eintritt in einen Termin zur mündlichen Verhandlung, Herausgabe einer Mitteilung nach § 522 Abs. 2 Satz 2 ZPO, eines Beweisbeschlusses nach § 358 a ZPO oder Entscheidung über ein Prozesskostenhilfesuch des Berufungsführers durch einen Senat ist die Zuständigkeit dieses Senats begründet; eine Abgabe der Sache an einen anderen Senat ist nicht mehr zulässig. Dies gilt nicht in den Fällen des § 119 a GVG.
- 14.13 Zu Entscheidungen über spruchkörperübergreifende Prozessverbindungen nach § 147 ZPO ist der Senat berufen, dem das erste zu verbindende Verfahren zugewiesen wurde; im Falle des gleichzeitigen Eingangs entscheidet der Senat mit der niedrigsten Ordnungsziffer.
- 14.14 Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Auslegung der durch vorliegenden Präsidiumsbeschluss geregelten Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium. Der Senat, dessen Übernahmeersuchen von einem anderen Senat abgelehnt worden

ist, legt die Sache dem Präsidenten des Oberlandesgerichts zur Weiterleitung an das Präsidium vor. Dies gilt nicht für Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit eines Spezialsenats nach § 119 a GVG. Insoweit greift Ziff. 3.2.2.

15. **Vertretung der Richter**

- 15.1 Innerhalb der Senate werden verhinderte Mitglieder nach einer durch Beschluss aller dem Senat angehörenden Richter für das Geschäftsjahr zu bestimmenden Reihenfolge vertreten.
- 15.2 Falls ein Senat nicht mehr beschlussfähig ist, werden
- 15.2.1 die Beisitzer des 1. Zivilsenats durch die Beisitzer des 5., 7., 4., 6., 3., 2., 8. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.2 die Beisitzer des 2. Zivilsenats durch die Beisitzer des 6., 5., 8., 3., 4., 1., 7. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.3 die Beisitzer des 3. Zivilsenats durch die Beisitzer des 8., 7., 6., 5., 1., 2., 4. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.4 die Beisitzer des 4. Zivilsenats durch die Beisitzer des 3., 1., 5., 8., 7., 2., 6. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.5 die Beisitzer des 5. Zivilsenats durch die Besitzer des 1., 7., 3., 4., 8., 6., 2. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.6 die Beisitzer des 6. Zivilsenats durch die Beisitzer des 2., 5., 7., 3., 8., 1., 4. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.7 die Beisitzer des 7. Zivilsenats durch die Beisitzer des 4., 1., 2., 6., 3., 5., 8. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,



- 15.2.8 die Beisitzer des 8. Zivilsenats durch die Beisitzer des 7., 5., 3., 6., 1., 2., 4. Zivilsenats und des 1. Strafsenats,
- 15.2.9 die Beisitzer des 9. Zivilsenats durch die Beisitzer des 8., 3., 4., 7., 1., 5., 2., 6. Zivilsenats
- 15.2.10 die Beisitzer des 1. Strafsenats durch die Beisitzer des 2. Strafsenats sowie des 4., 5., 6., 8., 1., 2., und 3. Zivilsenats,
- 15.2.11 die Beisitzer des 2. Strafsenats durch die Beisitzer des 3., 4., 5., 6., 8., 2. und 1. Zivilsenats in der angegebenen Reihenfolge vertreten.
- 15.2.12 Wird ein Senat durch Ausfall von geschäftsplanmäßigen Beisitzern beschlussunfähig und sind keine Vertreter namentlich bestimmt, treten die Mitglieder des Vertretungssenats in der Reihenfolge ihres Dienalters, beginnend mit dem dienstjüngsten Richter, in den von dem Ausfall betroffenen Senat ein. Dabei ist die Bestimmung des § 29 DRiG zu beachten.

Steht im Fall der Verhinderung des Vorsitzenden bei einem Senat ein gemäß § 21 f Abs. 2 GVG zu dessen Vertretung berufenes ständiges Mitglied des Senats nicht zur Verfügung, übernimmt das gemäß § 21 f Abs. 2 GVG zur Vertretung des Vorsitzenden berufene planmäßige Mitglied des Vertretungssenats den Vorsitz. Ist auch dieses verhindert, ist das nach dem Dienalter nächstberufene Mitglied des Vertretungssenats zuständig.

Im Falle der Beschlussunfähigkeit eines weiteren Vertretungssenats gelten die vorgenannten Bestimmungen entsprechend.

Falls sämtliche Beisitzer verhindert sind, sind die Vorsitzenden Richter der anderen Senate, ebenfalls in der umgekehrten Reihenfolge des Dienalters, hilfsweise des Lebensalters, zur Vertretung berufen. Den Vorsitz führt dann der dienstälteste Vorsitzende.

- 15.2.13 Während eines eingerichteten Bereitschaftsdienstes wird - ab Beschlussfassung - bei der Heranziehung eines Vertreters nicht zwischen Vorsitzenden Richtern und Beisitzern unterschieden.
- 15.2.14 Führt die obige Vertretungsregelung dazu, dass bei einer Entscheidung zwei beim Pfälzischen Oberlandesgericht nicht planmäßige Richter mitwirken, so tritt an die Stelle des zur Vertretung berufenen außerplanmäßigen Richters der nächstberufene Vertreter. Sind zwei nicht planmäßige Richter als Vertreter berufen, tritt der nächstberufene Richter an die Stelle des zuletzt als Vertreter berufenen nicht planmäßigen Richters.
- 15.2.15 Richter am Oberlandesgericht Prof. Dr. Spannowsky und Richter am Oberlandesgericht Prof. Dr. Hassemer haben keine Vertretungsaufgaben.
- 15.2.16 Richter am Oberlandesgericht Scherer ist von den senatsübergreifenden Vertretungsaufgaben im 2. Zivilsenat ausgenommen.
- 15.2.17 Richterin am Landgericht Dr. Rippberger ist von den senatsübergreifenden Vertretungsaufgaben im 5. Zivilsenat ausgenommen.

16. **Güterichter**

Güterichter im Sinne des § 278 Abs. 5 ZPO n.F. sind:

VROLG Geisert,  
RinOLG Geib-Doll und  
RinOLG Bastian-Holler.

Der ersuchende Richter leitet die Akte mit der Einverständniserklärung der Parteien der Güterichtergeschäftsstelle (Geschäftsstelle des 1. Zivilsenats) zu.  
Diese verteilt die Verfahren wie folgt:

VROLG Geisert	Endziffern 1,4,7,0
RinOLG Geib-Doll	Endziffern 2,5,8

RinOLG Bastian-Holler

Endziffern 3,6,9

Im Falle einer namentlichen Benennung des/der Güterrichters/in wird dieser im nächsten Turnus um einen Eingang entlastet.

ROLG Landes ist an der Mitwirkung wegen Krankheit gehindert.

T h u r n

B u r g e r

G e i b - D o l l

C h r i s t o f f e l

R e i c h l i n g

P o h l i t

Beglaubigt

Justizhauptsekretärin